

Die Krise verzögert Aufholprozess der EU-Beitritts-Länder

Einheitliche Geldpolitik im erweiterten Euro-Raum erschwert

Die Euro-Einführung hat latente Wettbewerbsschwächen in der EU offengelegt. Unter Druck stehen vor allem jene Beitrittsländer, die nicht Euro-Mitglied sind, haben doch seit 1999 ihre Währungen sich massiv aufgewertet.

M. K. Wien · Am Wiener Institut für Wirtschaftsforschung sieht man wegen der unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedsstaaten (gemessen an den relativen Arbeitskosten) in der «grossen Rezession» Gefahren für die Kohärenz von EU und Euro-Raum. Wie es im ersten «Policy Brief» des Kompetenzzentrums «Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft» heisst, ist mit der Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion und der Einführung des Euro zwar die Unsitte von Abwertungen zur Kompensation von Wettbewerbsschwächen abgestellt worden, doch würden die massiven Aufwertungen der Nicht-Euro-Währungen unter den Beitrittsländern zur Belastung.

Früherer DM-Block profitiert

Vor allem die bis dahin als Hartwährungsländer apostrophierten Staaten um den sogenannten D-Mark-Block, vorrangig Deutschland und Österreich, hätten seit 1999 ihre Wettbewerbsfähigkeit voll ausgespielt; deren Lohnstück-

kosten sind relativ zur Entwicklung in den Partnerländern des Euro-Raums (entspricht dem realen effektiven Wechselkurs) seither kumuliert um 16% bzw. um 7% gesunken.

Extrem starke Aufwertungen

Umgekehrt legten die Lohnstückkosten in den früheren Weichwährungsländern beträchtlich zu; der reale effektive Wechselkurs (die relativen Lohnstückkosten) nahm in Italien und Spanien kumuliert um 12% zu, in Portugal um 11%. Unerwartet war der Anstieg des real effektiven Wechselkurses in den Niederlanden (9%), wogegen das Plus von 17% in Irland nicht überrascht.

Während Belgien-Luxemburg, Finnland und auch Frankreich ihre Wettbewerbsfähigkeit seit 1999 stabil hielten, schlugen sich von den vier Euro-Mitgliedern aus den EU-Beitritts-Ländern Malta und Slowenien mit einer kumulierten Zunahme der Lohnstückkosten von 4% am besten. Zypern wertete real um 10% ab. Drastisch verschlechterte sich die Wettbewerbsfähigkeit der Slowakei mit kumuliert über 60% gegenüber 1999. Unter den Staaten der Euro-Ablehnungsfront in der alten EU verbesserten sich Grossbritannien um 9% sowie Schweden um 7%, während Dänemark nun um 10% schlechter dasteht.

Fritz Breuss vom Europa-Institut der Wirtschaftsuniversität Wien sieht als Hauptbetroffene des Auseinanderdriftens der Wettbewerbsfähigkeit jene

neuen EU-Mitgliedsstaaten, die noch nicht Mitglieder des Euro-Raums sind. Diese hätten seit 1999 zum Teil massiv real aufgewertet, womit sich ihre Wettbewerbsfähigkeit drastisch verschlechterte. Am geringsten war die kumulierte Aufwertung in Polen (11%); extrem stark war sie dagegen in Rumänien (82%), Lettland (79%), Tschechien (71%) und Estland (68%), ebenfalls stark in Litauen (55%) und Ungarn (51%). Ein Sonderfall ist Bulgarien, dessen Währung sich bis 2005 real ab-, danach aber aufwertete (+25%).

Gefährliche Ungleichgewichte

Laut der Studie könnte das anhaltende Auseinanderdriften der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten zu einem erheblichen Problem für den Zusammenhalt und für die Gestaltung einer einheitlichen Geldpolitik im erweiterten Euro-Raum werden. Solange die neuen Mitgliedsstaaten ihren Einkommensrückstand zu den alten Mitgliedern nicht annähernd aufholen – was noch lange dauern könnte –, werde der Intra-EU-Handel auch im einheitlichen Binnenmarkt massgeblich durch die Unterschiede in den Produktionskosten bestimmt. Die schwere gegenwärtige Krise – auch wenn sich diese offensichtlich ihrem Ende zuneige – dürfte das Problem eher noch verschärfen, werde doch damit der notwendige Aufholprozess der neuen EU-Mitgliedsstaaten weiter verzögert.